

Das Konzept einer nachhaltigen Finanzpolitik aus heterodoxer Sicht – ein Diskussionsbeitrag

Prof. Dr. Arne Heise
Wirtschaftsuniversität Wien
Institut für Volkswirtschaftslehre und –politik
Augasse 2 – 6

A-1090 Wien

e-mail: Arne.Heise@wu-wien.ac.at
Tel: -43 1 313 36 4507

Summary

The public budget has always been a much debated object at the political level as well as in academia. This is not surprising as it mirrors the political intentions and ideologies of those running the government on the one hand and taking into account that economics is a multiparadigmatic science on the other hand. Against this backcloth, the current unambiguity of budgetary restriction in recent political and scientific debates seems curious. The paper aims at explaining this development and questions its validity by framing a concept of budgetary sustainability on the grounds of a heterodox, post Keynesian model.

JEL classification: I 11, I 16

Eine frühere Version dieses Papers wurde auf der Arbeitstagung 'Makroökonomie, Beschäftigung und Nachhaltigkeit' vorgetragen, die am 13. Oktober 2000 in Berlin stattfand. Der Autor schuldet den Teilnehmern dieser Tagung, insbesondere Elmar Altvater, Ingo Schmidt und Axel Troost, Dank für kritische Kommentare, die zu mancher Präzisierung zwangen.

Das Konzept einer nachhaltigen Finanzpolitik aus heterodoxer Sicht – ein Diskussionsbeitrag

1. Einleitung

Die öffentliche Haushaltspolitik – also Finanz- und Fiskalpolitik – gehört zu den umstrittensten Arenen politischer wie wissenschaftlicher Kontroverse. Dies kann natürlich nicht verwundern: Staatliche Aktivität – zumindest wenn es sich um prozeßpolitische Interventionen handelt – muß ihren Niederschlag in den Finanzplänen der öffentlichen Körperschaften finden. Die öffentliche Haushaltspolitik ist deshalb der monetäre Spiegel der jeweiligen politischen Richtungen und Ideologien, die den Staat führen (vgl. Schumpeter 1918). Kontroversen hierüber gehören zur demokratischen Kultur und sind Teil des Wahlaktes in repräsentativen Demokratien. Gleichesmaßen zwangsläufig scheinen unterschiedliche wissenschaftliche Standpunkte zur Finanzpolitik, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß es sich bei der ökonomischen Disziplin um eine multiparadigmatische Wissenschaft handelt: Etwas grobgliedrig können wir zwischen den walrasianischen Theorien mit ihrem am allgemeinen Gleichgewicht orientierten Selbststeuerungsoptimismus und den nicht-walrasianischen, heterodoxen Theorien mit ihrem Festhalten an der inhärenten Krisenanfälligkeit des Kapitalismus unterscheiden (vgl. z.B. Heise 1999a; Gerrard 1996). Unabhängig von der Herleitung staatlicher Funktionen und der normativen Festsetzung der Bereitstellung öffentlicher Güter muß es zwischen den beiden beschriebenen Paradigmen selbst dann zu kontroversiellen Auffassungen zur finanzpolitischen Intervention des staatlichen Akteurs kommen, wenn man sich auf prozeßpolitische Eingriffe im Angesicht von ‚Marktfehlern‘ beschränken würde. Über dieses Schisma wird – in der gebotenen Kürze – später noch zu sprechen sein.

Vor diesem Hintergrund muß es nun allerdings unverständlich erscheinen, daß es gegenwärtig weder in Politik noch Wissenschaft heftige Auseinandersetzungen um den richtigen Weg in der Finanzpolitik gibt – im Gegenteil: Es herrscht eine Einmütigkeit hinsichtlich der Konsolidierungsnotwendigkeiten wie nie zuvor. Im globalen Kapitalismus hat sich der ‚Washington Consensus‘ (vgl. Matzner 2000), ‚gesunder öffentlicher Finanzen‘, in der Europäischen Union die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte restriktive Auslegung der Maastrichter Konvergenzkriterien durchgesetzt, in der Bundesrepublik gibt es parteiübergreifende Übereinstimmung, daß nur ‚Sparhaushalte‘ Bestandteil guter, moderner Wirtschaftspolitik sein können. Mit ihrer ‚TINA-Rhetorik‘ (There is no alternative) ist es Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel gelungen, auch einer ‚linken‘ Partei im vormals ideologisch gespaltenen Wählerspektrum eine Finanzpolitik zu verabreichen, die schwerlich den Interessen ihrer Wählerschaft dient (vgl. Heise 1999b und dazu später mehr). Und in der Wissenschaft werden längst nurmehr die Risiken und Beschränkungen der staatlichen Finanzpolitik diskutiert, nicht mehr die Chancen und Möglichkeiten einer offensiv gestalteten Haushaltspolitik (vgl. z.B. Schlesinger/Weber/ Ziebarth 1993).

Im folgenden möchte ich zunächst einen Überblick über das finanzpolitische Gebahren des staatlichen Akteurs in der Bundesrepublik über einen längeren Zeitraum hinweg geben und es in den Kontext der gesamtwirtschaftlichen Dynamik stellen. Danach wird ein kurzer Überblick über die bereits angedeuteten finanzpolitischen Grundpositionen und ihre Schwächen gegeben. Nach der Kritik kommt die Rekonstruktion: Ich werde also abschließend versuchen, die finanzpolitischen Spielräume und Grenzen auszuloten, indem ich das Konzept einer nachhaltigen Finanzpolitik entwickle und in den Rahmen einer, integrativen Wirtschaftspolitik‘ stelle.

2. Die Entwicklung der Haushaltspolitik im Kontext der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Evsey Domar (1944) hat auf einige simple finanzarithmetische Grundzusammenhänge aufmerksam gemacht, die wir später zur Konstruktion des Nachhaltigkeitskriteriums noch gebrauchen werden, die aber auch für die Betrachtung der zurückliegenden Verschuldungsentwicklung und der zugrundeliegenden Finanzpolitik in Deutschland wertvoll sein können.

In einer wachsenden Volkswirtschaft ist nicht die Tatsache einer wachsenden nominellen Verschuldung von Bedeutung, sondern das Wachstum der Verschuldung in Relation zum Wachstum der Wirtschaft: Wir wollen annehmen, daß eine bestehende Verschuldung (D) ohne Tilgung fortbestehen soll. Solange die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes g größer oder gleicher dem (als konstant angenommenen) Zinssatz (i) der öffentlichen Verschuldung ist, verbleibt die Verschuldungsquote (D/Y) unverändert oder sinkt sogar, obwohl die nominelle Staatsschuld beständig wächst¹:

$$(1) \quad \Delta(D/Y) = i - g$$

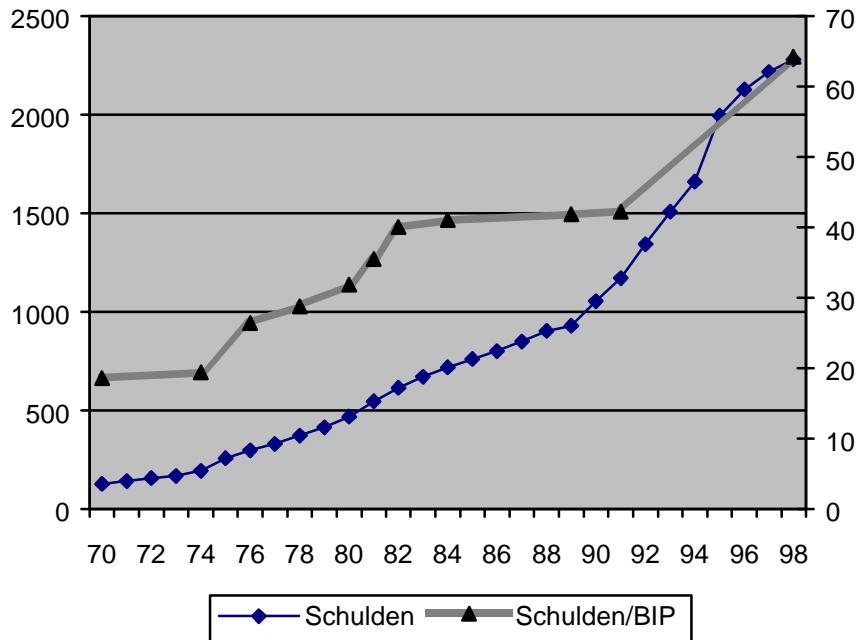
$$(1a) \quad \text{wenn } i = g, \text{ dann } \Delta(D/Y) = 0$$

Andererseits bedeutet dies natürlich auch, daß die Schuldenquote steigt, wenn die Verzinsung der initialen Verschuldung dauerhaft über der Wachstumsrate liegt – allerdings zeigen einfache Rechenbeispiele, daß bei realistischen Differenzen beider Raten von 1 – 2 Prozentpunkten lange Zeiträume (30 und mehr Jahre) verstreichen müssen, bis die Schuldenquote sich z.B. etwa verdoppelt hat. Und sobald wir ein positives BIP-Wachstum unterstellen, wächst die Verschuldungsquote auch nicht ins Unendliche, sondern nähert sich einer Höchstgrenze an, die sich durch das Verhältnis von i/g bestimmen läßt.

Vor diesem Hintergrund wollen wir nun einen Blick auf die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland seit 1970 werfen (Abb. 1). Wir erkennen jenen Verlauf der Staatsverschuldung, der in der öffentlichen Diskussion häufig mit der bangen Frage ‚Verschuldung ohne Ende?‘ verknüpft wird: Der Schuldenstand hat sich von nominelle 125 Mrd. DM im Jahre 1970 auf über 2000 Mrd. DM 1998 vervielfacht, vor allem aber die wichtigere Verschuldungsquote hat sich innerhalb von 30 Jahren von 18 % auf über 60 % verdreifacht.

¹ Wir wollen hier von der expliziten Betrachtung der Veränderung des Preisniveaus und seinen möglichen Auswirkungen auf die Verschuldungsquote – also die Möglichkeit und Arithmetik einer ‚Inflationssteuer‘ – absehen.

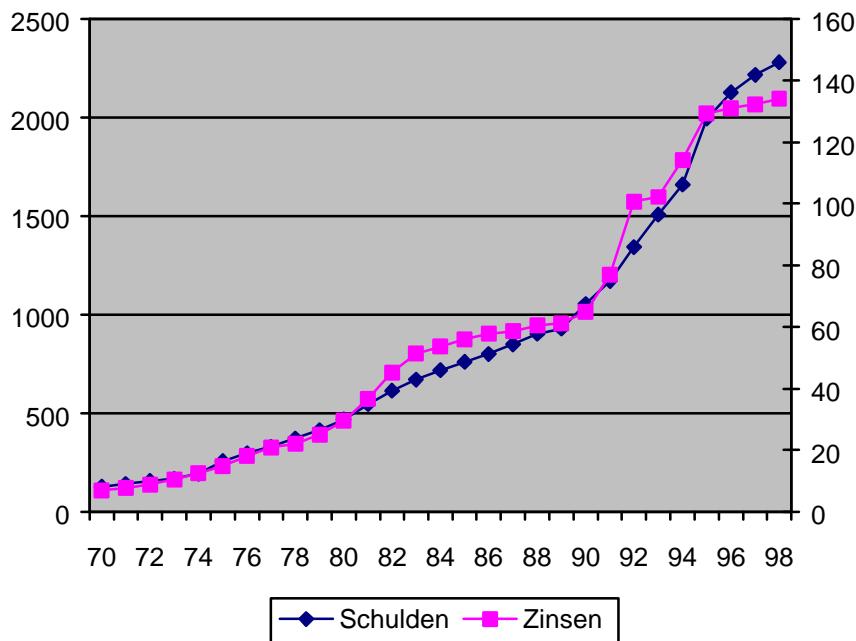
Abbildung 1: Entwicklung der öffentlichen Verschuldung 1970 - 1998



Anmerkungen: Linke Skala: Schulden = Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Mrd. DM; rechte Skala: Schulden/BIP = Schuldenquote der öffentlichen Haushalte in %

Quelle: SVR – Jahresgutachten 1999/2000; Stat. Bundesamt – Arbeitsunterlage Staat 3/1999; eig. Berechnungen

Abbildung 2: Verschuldung und Zinsen auf öffentliche Schuld 1970 - 1998



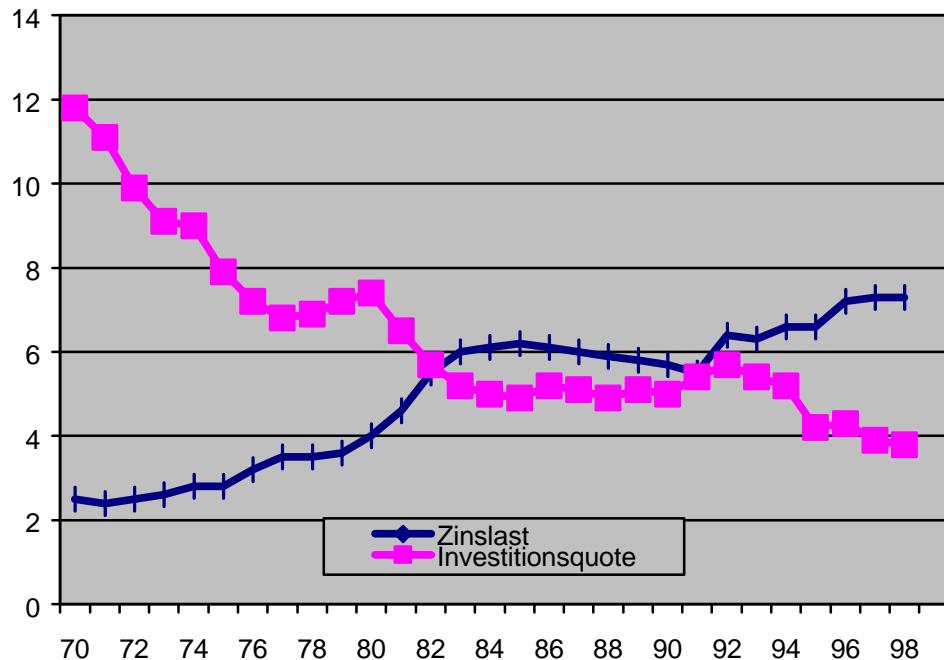
Anmerkungen: Linke Skala: Schulden = Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Mrd. DM; rechte Skala: Zinsen = Zinsaufgaben am Kreditmarkt in Mrd. DM;

Quelle: SVR – Jahresgutachten 1999/2000; Stat. Bundesamt – Arbeitsunterlage Staat 3/1999; eig. Berechnungen

In Abbildung 2 wird ersichtlich, daß die Zinslast der öffentlichen Haushalte sich parallel zur öffentlichen Verschuldung entwickelt – weitgehend unabhängig von den Schwankungen des Zinssatzes. Selbstverständlich ist auch für die Bewertung der Zinslast nicht die nominelle

Entwicklung bedeutsam, sondern die Relation zu den Gesamtausgaben der öffentlichen Hand (vgl. Abb.3).

Abbildung 3: Zins- und Investitionsquote der öffentlichen Haushalte 1970 - 1998



Anmerkung: Zinslast: Anteil der Zinsen auf öffentliche Schulden an den Gesamtausgaben des Staates;
 Investitionsquote: Anteil der Bruttoinvestitionen an den Gesamtausgaben des Staates
 Quelle: SVR – Jahrestatistiken 1999/2000; eigene Berechnungen; Stat. Bundesamt – Arbeitsunterlage Staat 3/1999

Die Zinslastquote hat sich von 2,5 % im Jahre 1970 nicht nur auf 7,5 % im Jahre 1998 verdreifacht – die daraus resultierende Beschränkung der Gestaltungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte zeigt sich in einer weitgehend parallelen Reduktion der öffentlichen Investitionsquote von 11,8 % im Jahre 1970 auf nurmehr 3,8 % in 1998.²

Bei genauerer Betrachtung lassen sich nun aber weitere Aussagen über die Haushaltsdynamik der letzten drei Jahrzehnte machen, die den zunächst verständlichen Eindruck einer „unsoliden“ Haushaltspolitik – ohne an dieser Stelle bereits benennen zu können, was „unsolide“ überhaupt jenseits von simpler Intuition sein sollte – revidiert:

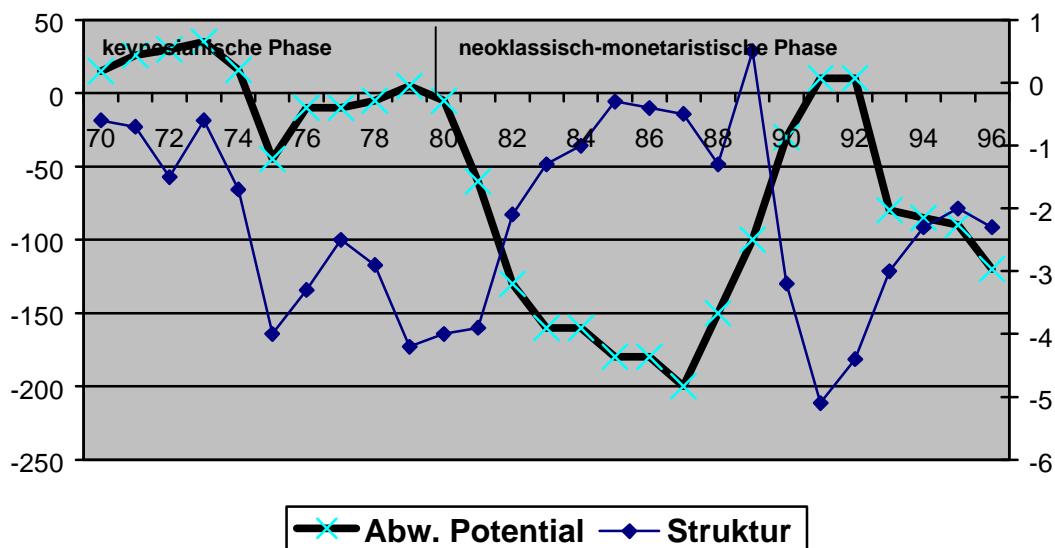
- Der Anstieg der Schuldenquote geht ausschließlich auf zwei vergleichsweise kurze Zeiträume und Zeitumstände zurück: (1) die Finanzierung der deutschen Einheit und die Übernahme einheitsbedingter Lasten seit Anfang der 90er Jahre und (2) eine expansive Finanzpolitik in der zweiten Hälfte der 70er Jahre nach der 1. Ölpreiskrise. Die ganze Verschuldungsdynamik in diesem letzteren Zeitraum wird erst deutlich, wenn die Domar’sche Formel angewendet wird: Wird die Differenz zwischen der

² Die Regression beider Zeitreihen ergibt ein Bestimmtheitsmaß (korrigiertes R-Quadrat) von 0,84, was für eine (hochgradig signifikante) gegenseitige Bedingtheit spricht – allerdings lässt sich nicht klären, ob die steigende Zinslastquote kausal die sinkende Investitionsquote (Strukturveränderungen im Budget) erklärt oder die sinkende Investitionsquote (vermittels verschlechterter Wachstumsbedingungen) die steigende Zinslastquote bedingt. Der Durbin-Watson-Wert von 0,445 lässt aber auch die Möglichkeit offen, dass beide Entwicklungen ihre gemeinsame Ursache in einer dritten Quelle haben.

durchschnittlichen Verzinsung der öffentlichen Schuld und der durchschnittlichen Wachstumsrate zwischen 1975 und 1982 in Rechnung gestellt, hätte die Schuldenquote lediglich auf ca. 28 % anwachsen dürfen – tatsächlich aber lag sie im Jahre 1982 bei etwa 40 %. Dieser zusätzliche Anstieg der Verschuldung ist allerdings nicht mit einer – häufig wahlpolitisch begründeten (Buchanan/Wagner 1977) - Ausweitung des Wohlfahrtsstaates zu erklären, denn die hohen jährlichen Zuwachsraten der öffentlichen Ausgaben (und Einnahmen) Anfang der 70er Jahre im Zuge des ‚sozialdemokratischen Reformprojektes‘ wurden in der 2. Hälfte der 70er Jahre bereits deutlich zurückgefahren. Hintergrund der Verschuldungsdynamik sind vielmehr die überzyklischen Lasten, die durch die dauerhafte Abweichung vom Vollbeschäftigte- bzw. Potentialpfad (vgl. Heise 1999a: 23ff.) entstanden und die durch internationalen Druck aufgezwungene konjunkturelle ‚Lokomotivfunktion‘, die die deutsche Volkswirtschaft unter Bundeskanzler Helmut Schmidt Ende der 70er Jahre übernahm.

- Hinter der weitgehenden Konstanz der Schuldenquote über weite Strecken der 80er Jahre verbirgt sich nicht etwa die oft beschworene Unfähigkeit zur finanzpolitischen Antizyklus in Prosperitätszeiten, in denen die Verschuldungsquote auf das ‚Vor-Krisenniveau‘ gedrückt werden sollte. Unter Anwendung der Domar'schen Formel ergäbe sich im Zeitraum 1982 – 1991 aufgrund des gegenüber den 70er Jahren noch gewachsenen Zins-Wachstums-Differentials eine Schuldenquote von etwa 48 % im Jahre 1991 – tatsächlich aber lag sie bei nur 42,2 %. Dies impliziert hohe (zinsbereinigte) Primärüberschüsse und eine geringe (potentialorientierte) strukturelle Netto-Neuverschuldung (vgl. Abb.4)

Abbildung 4: Potentialabweichung (in Mrd. DM) und strukturelles Haushaltsdefizit (in vH des BIP)



Anmerkung: 1970-1990: Westdeutschland; ab 1991: Gesamtdeutschland; Struktur: konjunkturbereinigte Netto-Neuverschuldung als Anteil am BIP; Abw.Potential: Abweichung vom Potentialpfad bei Vollbeschäftigung

Quelle: Europäische Wirtschaft, Nr. 60, 1995; eigene Berechnungen

Abbildung 4 legt eine reflexive Dynamik – also gegenseitige Rückwirkungen von Wirtschaftsentwicklung und Finanzpolitik – nahe, die jetzt in einem stylisierten Phasenmodell etwas genauer beschrieben werden soll:

Phase I: In dieser Phase kommt es durch den säkularen Fall der BIP-Wachstumsrate auf sein langfristiges Niveau von real etwa 2 % (vgl. Lindlar 1997 und Heise 1999a) und den gegenläufigen Anstieg des Zinsniveaus der öffentlichen Schuld auf real 2 – 4 % einerseits zur Domar'schen Verschuldungsfalle, andererseits fällt die Investitions- bzw. Akkumulationsrate unter ihr Vollbeschäftigungsniveau und es entsteht dauerhafte Unterbeschäftigung (Heise 1996a) . Die Zins-Wachstums-Differenz allein bewirkt allerdings nur ein langsames Anwachsen der öffentlichen Verschuldung und Zinslast.

Phase II: In dieser Phase reagieren die Geld- und Finanzpolitik restriktiv auf die Entwicklungen der Phase I, denn auf die wachsende Verschuldung wird mit dem ‚Konsolidierungsreflex‘ geantwortet und die Notenbank sieht sich genötigt, durch geldpolitische Restriktion jede Hoffnung – oder Befürchtung – auf einen monetären Bail-out (Inflationssteuer) zunichte zu machen.³ Als Folge gerät die Akkumulationsmaschine des Kapitalismus weiter ins Stottern, aber auch die Domar'sche Schere geht noch weiter auseinander und ermöglicht trotz hoher Primärüberschüsse und deutlicher Kürzung der strukturellen Netto-Neuverschuldung – den Insignien der Konsolidierung – keine Rückführung der Schuldenquote, da die gesamte Netto-Neuverschuldung als kreislauftheoretisches Residuum weiterhin hoch verbleibt.

Phase III: In der letzten Phase schließlich werden die Phänomene 'hohe Staatsverschuldung', 'hohes jährliches Defizit' und 'geringes Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit' in einer Weise miteinander verquickt, daß eine Politik des 'Balanced Budget' als eigenständiger Selbstzweck, nicht Endziel einer wachstums- und beschäftigungsoptimierenden Haushaltspolitik begriffen wird (vgl. Domar 1993).⁴ Dabei geht es dann nicht mehr allein um die Forderung nach einer 'soliden' Finanzpolitik, sondern um den Staat und seine Aufgabenbereiche im allgemeinen: "Die Attacke gegen die Staatsverschuldung symbolisiert nur einen 'Stellvertreterkrieg', denn das eigentliche Angriffsobjekt ist der Interventionsstaat, weil die Markttheoretiker eine Zurückführung des Staatsanteils am realen Sozialprodukt wünschen" (Lübke 1988: 155). Die Kernbereiche der Bereitstellung öffentlicher Güter stehen zur Diskussion, restriktive Haushaltspolitik ist zum unhinterfragten 'pensee unique' geworden.⁵

3. Die Politik der öffentlichen Haushalte – in Zahlen gegossene politische Gestaltung statt wirtschaftspolitischer Administration

Karl Mannheim (1936) hat darauf verwiesen, daß Politik ohne Optionen keine 'Politik' sondern lediglich 'Administration' ist. Wer also bestreitet, daß es unterschiedliche Konzeptionen von Wirtschaftspolitik im allgemeinen und Finanzpolitik im besonderen gibt –

³ Dieses Interaktionsmuster kann zumindest gezeigt werden, wenn – wie in der Bundesrepublik – der Geldpolitik der autonomen Bundesbank eine 'Stackelberg-Führerschaft' zugestanden wird (vgl. Heise 2000b: 6ff.). In Österreich beispielweise, wo die Geldpolitik fast vollständig an die Vorgaben der Bundesbank gekoppelt ist und deshalb eine Interaktion mit den nationalen Politikträgern nur in Maßen erfolgt, konnte die Finanzpolitik einen expansiveren Kurs fahren.

⁴ Einer der renommiertesten, schulun gebundenen Ökonomen der Gegenwart – Willem Buiter – verweist auf die ökonomische Unsinnigkeit einer Politik des 'Balanced Budget': "Both the 'classical' and the 'keynesian' approaches to financial policy reviewed in this paper force one to conclude that a balanced budget policy is very likely to be harmful in a wide range of circumstances." (Buiter 1983: 68).

⁵ Unter welchen sozio-ökonomischen Umständen dieses 'pensee unique' in der Bundesrepublik entstehen konnte, habe ich beschrieben in Heise (1999b) und Heise (2000a: 449ff.).

Gerhard Schröder prägte die Sentenz von der 'modernen' Wirtschaftspolitik als Ersatz für sozialdemokratische oder konservative Wirtschaftspolitik -, der ist entweder von dem benannten 'pensee unique' gänzlich geblendet oder glaubt, ein zeitgeistiges Makro-Klima⁶ für seine politischen Zwecke nutzen zu können. Bevor wir diese genuin polit-ökonomische Frage etwas weiter beleuchten wollen, müssen wir uns zunächst weiter mit der 'Policy-Ebene' – also dem materiellen Teil der Lehre der Wirtschaftspolitik – befassen: In einer modellgestützen Wissenschaft wie der Ökonomie darf es nicht verwundern, daß die Wissenschaftler die reale Welt immer durch den Filter ihrer Modelle sehen. Ob ich an einer gleichgewichtszentrierten Weltsicht a la Walras festhalte oder eine Betrachtung bevorzuge, die Raum für Krisen, fehlerhafte Entwicklungen und folglich Interventionen hat, unterliegt im wesentlichen einer ideologischen Prädisposition des Wissenschaftlers – wobei 'Ideologie' hierbei respektive mit 'positives Idealbild' wie 'Verschleierung tatsächlicher Begebenheiten' übersetzt werden kann. Auch der empirische Test – der Blick in die reale Welt – ermöglicht in einer nicht-experimentellen Disziplin nicht wirklich die Diskriminierung zwischen den Modellen. Es bleibt die Überzeugungskraft der Grundannahmen, ohne die keine Theorie auskommt. Erstaunlicherweise hält ein immer kleinerer Kreis von Fachökonomien die Annahme tauschtheoretischer Grundstrukturen moderner Gesellschaften und die Rationalitätsannahme walrasianischer Theorien für unzulänglich – ohne diese aber ließe sich die finanzpolitische Skepsis des Barro-Ricardo-Äquivalenztheorems (BRÄT) kaum ernsthaft begründen und die folgende Beschreibung der Fragestellung der walrasianischen Finanztheorie bliebe unverständlich: "Nicht die Stabilisierungsleistungen der Fiskalpolitik in einer instabilen Wirtschaft werden untersucht, sondern die Destabilisierungen eines stabilen Systems qua Fiskalpolitik" (Duwendag 1980: 59). Ob der Siegeszug der walrasianischen Modellwelt in der ökonomischen Disziplin auf die hohe Reproduktionsfähigkeit der beteiligten Wissenschaftlern oder die formale Eleganz des Modells zurückzuführen ist, sei dahingestellt. Die Akzeptanz der daraus ableitbaren Haushaltspolitik auf der Politics-Ebene – also unter Einbeziehung der Interessengebundenheit von Wirtschaftspolitik – scheint einfacher zu erklären: Einerseits dient sie den Interessen der Meritokratie (vgl. Heise 1999b), die bei zunehmender Homogenität des sozioökonomischen und soziokulturellen gesellschaftlichen Kontextes insbesondere der politischen Einflußträger stärker als früher gesellschaftliche Weltbilder prägen. Andererseits darf nicht unterschätzt werden, welche Bedeutung unter den Bedingungen unsicherer Anschlußkommunikation vom wirtschaftlichen zum politischen Subsystem simplen Symbolen zukommen kann. Das 'Balanced Budget', der 'Sparhaushalt' mag ein solches Symbol sein, dessen intuitive Eingängigkeit auf einen Selbsterfahrungswert setzen kann. Schließlich kann es in einer Welt, in der ökonomische Zusammenhänge sehr komplex sind und nur bedingter politischer Steuerbarkeit unterliegen, sinnvoll sein, Instrumente, nicht Ziele zu Erfolgskriterien der eigenen Politik zu stylisieren.

Für mich steht aber auch außer Frage, dass die Popularität des walrasianischen Modells auch mit den Problemen der standard- und linkskeynesianischen Alternativen zu tun hat. Auf der theoretischen Ebene ist es den mitunter prominenten Standard- und Linkskeynesianern nicht gelungen, die für das Gleichgewichtsmodell zentrale Annahme der Gültigkeit des Walras' Gesetzes bzw. dessen klassischen Pendants – des Say'schen Theorems – konsistent zu widerlegen.⁷ Dieses Versäumnis implizierte – bei aller berechtigter und wichtiger Kritik an manch unrealistischer Annahme im 'protective belt' des walrasianischen Paradigmas – die Möglichkeit der Opponenten, die Alternativen zu 'Theorien der Depression' zu stempeln und

⁶ Mit Makro-Klima sind herrschende gesellschaftliche Leitbilder wie Individualität oder Kollektivität, Egoismus oder Solidarität, Materialismus oder Post-Materialismus etc. gemeint; vgl. Heise (2000b: 450).

⁷ Vgl. hierzu die Kontroverse um die Ungleichgewichtstheoretiker der 'Neuen Keynesianischen Makroökonomik': u.a. Clower (1965); Leijonhufvud (1968); Malinvaud (1977). Kritisch dazu: Gale (1981); Priebe (1984), zusammenfassend: Hagemann/Kurz/Schäfer (1981)

verleitet die Befürworter zu einem cartesianischen Interventionsoptimismus, der dem Selbststeuerungsoptimismus der walrasianischen Theorie entspricht. Für die hier zur Diskussion stehende Finanzpolitik aber ist die im Mittelpunkt stehende Zyklik des Krisenphänomens von besonderer Bedeutung, denn sie ermöglicht es einerseits, die Frage nach der Nachhaltigkeit einer gegensteuernden Finanzpolitik auszublenden und reduziert andererseits die Komplexität der Ursachen- und Wirkungsanalyse enorm. Die wirtschaftspolitische Trinität der Alternativen – Lohnsteigerungen und Umverteilung zur Förderung der Massenkaufkraft, staatliches Defizit-spending zur Abschöpfung brachliegender privater Ersparnisse und geldpolitische Expansion – mag theoretisch unzureichend sein⁸, sicher aber ist der Neuigkeitsgehalt gegenüber den diskreditierten Nachfragepolitiken der 70er Jahre zu gering, um in 'modernen Zeiten' über den engen Kreis der Adepten hinaus Anhänger zu finden.

Die heterodoxe Forschung der letzten zwei bis drei Jahrzehnte hat auf der theoretischen Ebene mit der Entwicklung eines geldwirtschaftlichen Paradigmas (oder, in Keynes'scher Terminologie, einer *monetären Theorie der Produktion*) die Grundlage für das Verständnis einer dauerhaft vom Vollbeschäftigungsgleichgewicht abweichenden kapitalistischen Ökonomie gelegt⁹, in dem ein solcher Zustand nicht als 'Krise', als Marktversagen verstanden werden muß, sondern als Normalzustand einer durch Rationalkalküle unter Unsicherheitsbedingungen (in einer nicht-ergodischen Welt) gesteuerten Volkswirtschaft. Der durch die Interdependenzen der Handlungen der Akteure erkennbare Komplexitätsgrad muß auf der 'Policy-Ebene' zwar nicht zum wirtschaftspolitischen Nihilismus eines Non-Dezisionismus (vgl. Riese 1998), wohl aber zur Anerkennung einer lediglich bedingten Steuerbarkeit führen. Vor allem aber stellt sich für die Finanzpolitik des staatlichen Akteurs nun ganz offensichtlich die Frage der Nachhaltigkeit: Wie kann dauerhafte Intervention und/oder sozialpolitische Abfederung finanziert werden, ohne die Grenzen der finanziellen Belastbarkeit des Staates zu überschreiten? Gibt es solche Grenzen überhaupt und wie lassen sie sich bestimmen?

4. Finanzpolitik zwischen Notwendigkeit und Machbarkeit – Nachhaltigkeit als ein Konzept überzyklischer Interventionspolitik

Auf der Grundlage eines postkeynesianischen Modells (vgl. z.B. Heise 1991; Betz 1993) läßt sich mit der Unterscheidung eines *systemischen* und eines *institutionellen* Defekts die dauerhafte Interventionsnotwendigkeit der öffentlichen Haushaltspolitik in reifen marktwirtschaftlich organisierten Ökonomien ebenso begründen wie die Notwendigkeit zur Verhaltensabstimmung der sozio-ökonomischen Politikträger – zu letzterem später noch mehr. Zunächst geht es um die Erstellung öffentlicher Güter durch den staatlichen Akteur. Dabei kann der Bedarf an öffentlicher Güterversorgung mittels klassischer 'Theorie des Marktversagens' (Allokationsfunktion) ebenso ermittelt werden wie durch normative Zielsetzungen (Distributions- und Stabilisierungsfunktion) mittels politischem Diskurs. Soziale Sicherung wie auch Vollbeschäftigung zumindest auf dem Niveau entwickelter Wohlfahrtsstaaten müssen Gegenstand der politischen Willensbildung sein, können nicht mehr aus den Funktionsbedingungen des kapitalistischen Systems heraus abgeleitet werden.¹⁰ Eine Unterscheidung in konsumtiv und investiv verwendete öffentliche Güter erscheint von

⁸ Man vergleiche dazu z.B. die Kontroverse zwischen Riese (1979) und Hickel (1979).

⁹ Vgl. u.a. Davidson (1978); Davidson (1994); Palley (1996); Heise (1991); Betz (1993).

¹⁰ Während in der traditionellen Theorie Arbeitslosigkeit als 'Marktfehler' verstanden würde und Vollbeschäftigung dann als Funktionsbedingung gelten könnte, so gilt dies im Verständnis der postkeynesianischen Theorie mit ihren multiplen Beschäftigungsgleichgewichten offensichtlich nicht. Vollbeschäftigung ist hier eine spezielle Situation, deren Herbeiführung durch politische Willensbekundung und entsprechende Beschäftigungspolitik erst erzeugt werden muß.

einem analytischen Standpunkt aus zweierlei Gründen gerechtfertigt: (1) Im Hinblick auf die Ressourcenaufbringung muß differenziert werden, ob die Erstellung der öffentlichen Güter steuer- oder – zumindest anteilig – kreditfinanziert werden soll; (2) im Hinblick auf die Interventionsursache sollte stärker als im Standard- und Linkskeynesianismus differenziert werden zwischen den verschiedenen Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage: Verantwortlich für 'the long-term problem of full employment' ist eine systembedingte Investitionsschwäche, die nicht eigentlich auf einer Unterkonsumtion, sondern einer liquiditätspräferenztheoretischen Determination der Opportunitätskosten der Investition – des Zinssatzes – beruht. Mit dem späten Keynes (vgl. Keynes 1943/1980) können wir also zwischen einem 'laufenden Budget' ('current budget') und einem 'Investitionsbudget' ('capital budget') unterscheiden, wobei im laufenden Budget alle nicht-investiven Ausgaben wie Sach- und Personalaufwand, Sozialtransfers etc. erfaßt werden, während im Investitionsbudget lediglich die investiven Ausgaben verbucht werden. Das laufende Budget muss seiner Natur nach im zyklischen Durchschnitt ausgeglichen werden durch entsprechende Steuereinnahmen, seine Höhe richtet sich nach dem politisch vermittelten Wunsch auf Inanspruchnahme öffentlicher Güter mit wesentlich allokativer und distributiver Funktion.¹¹ Das Investitionsbudget hingegen übernimmt die Stabilisierungsfunktion in jenem Ausmaß, wie der politische Wille eine Annäherung an Vollbeschäftigung erwünscht.¹² Mithilfe des Investitionsbudgets versucht der Staat also die Volkswirtschaft in der Nähe des Potentialpfades zu halten – hier nun kommt die Notwendigkeit einer Kreditfinanzierung öffentlicher Güterbereitstellung ins Spiel und die Frage nach deren Grenzen. Die Höhe des Investitionsbudgets hängt von der gewünschten Infrastrukturausstattung und der 'Investitionslücke' – also der Differenz zwischen 'Vollbeschäftigungssparnis' und privater Investitionstätigkeit – ab, der Anteil der dauerhaften Kreditfinanzierung muß sich dem Nachhaltigkeitsanspruch stellen. Mit Luigi Pasinetti (1998) und Olivier Blanchard et al. (1990) können wir 'Nachhaltigkeit' (sustainability) als jenes Haushaltsdefizit (oder – überschuß) definieren, das eine als optimal empfundene Schuldenquote zumindest stabilisiert. Unter gewissen Bedingungen¹³ bedeutet dies gleichzeitig die Stabilisierung eines Primärbudgets – also die Konstanz der finanzpolitischen Handlungsspielräume. Es läßt sich leicht zeigen, daß die 'nachhaltige' Defizitquote von der Wachstumsrate des BIP und der 'optimalen' Schuldenquote bestimmt wird:

$$(2) \quad S/Y = -g (D/Y) \quad ; \text{ mit } S = \text{Defizit}$$

Für den Primärhaushalt ergibt sich:

$$(3) \quad S_P/Y = (i - g) (D/Y) \quad ; \text{ mit } S_P = \text{Primärdefizit bzw. -überschuss}$$

Es ist leicht einsichtig, daß eine hohe 'optimale' Schuldenquote leichter zu stabilisieren ist (also eine höhere 'nachhaltige' Defizitquote erlaubt) als eine niedrigere, andererseits eine niedrigere 'optimale' Schuldenquote einen größeren finanzpolitischen Handlungsspielraum zuläßt als eine höhere 'optimale' Schuldenquote. Es ergibt sich also ein trade off zwischen

¹¹ Wobei die soziale Abfederung mit distributiver Ausrichtung natürlich auch stabilisierende Funktion übernehmen kann und soll.

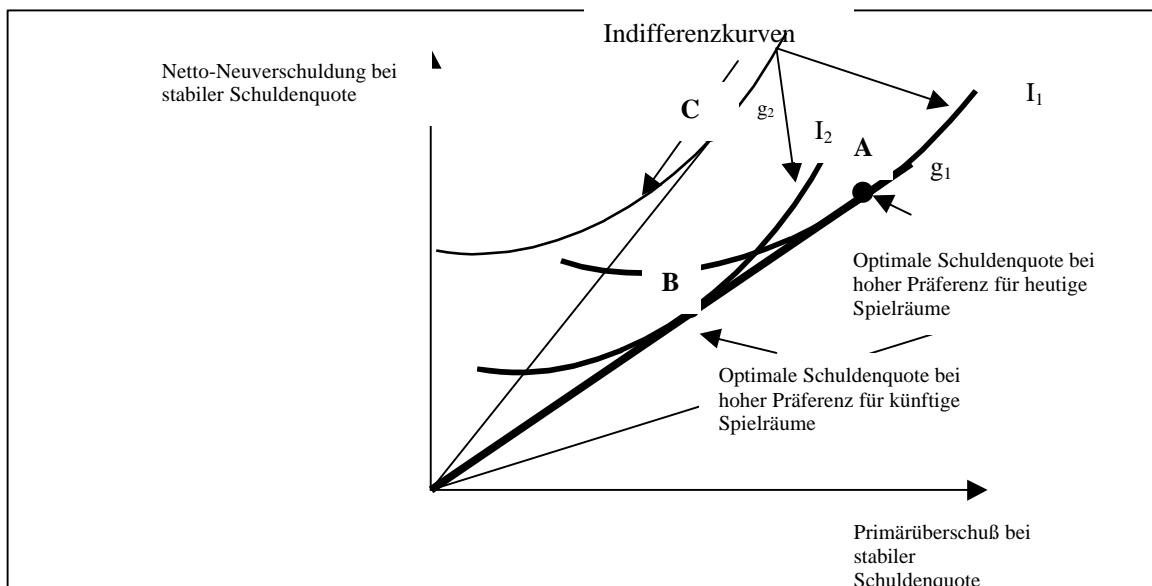
¹² Selbstverständlich werden öffentliche Investitionen in jenen Feldern getätigt, die – aufgrund von Marktversagen oder kollektiver Bestimmung (meritorische Güter) – privaten Investitionen verschlossen bleiben. In diesem Sinne übernimmt das Investitionsbudget auch Allokationsfunktionen.

¹³ Die Bedingung – unrealistisch wohl, aber praktisch von nachrangiger Bedeutung (s. Abbildung 2) – ist ein konstanter Zinssatz auf die öffentliche Schuld. Die Annahme wird nur dann wirklich problematisch, wenn wir eine Inflationierung des Preisniveau zum Abbau der Realschuld (Inflationssteuer) zuließen – dann nämlich müßte sich dies in einer Erhöhung des Zinssatzes und folglich Beschränkung der finanzpolitischen Spielräume niederschlagen.

heutiger Neuverschuldungsmöglichkeit (mit den entsprechenden Vorteilen für den staatlichen Akteur) und der *künftigen* Handlungsbeschränkung (mit den entsprechenden Nachteilen für den staatlichen Akteur; vgl. Abb. 5). Unter Annahme einer Vorstellung über die Abwägung von gegenwärtigem Nutzen zusätzlicher Handlungsmöglichkeiten durch Neuverschuldung und künftiger Handlungsbeschränkung bei steigendem, notwendigen Primärüberschuß (dargestellt durch die Indifferenzkurven, wobei die flachere Indifferenzkurve I_1 gegenüber I_2 eine höhere Wertschätzung der gegenwärtigen gegenüber den zukünftigen Gestaltungsmöglichkeiten bedeutet) läßt sich nun eine 'optimale' Schuldenquote (bei gegebenem Wirtschaftswachstum g_1) bestimmen. Das Optimalitätspostulat impliziert dabei die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik, wie auch die intertemporale Abwägung des staatlichen Akteurs.¹⁴

Klar wird nun auch, daß die Netto-Neuverschuldung, die mit der 'optimalen Schuldenquote' korreliert, nicht unabhängig von der Wachstumsrate g bestimmt werden kann, ja das sich selbst die 'optimale Schuldenquote' mit der Wachstumsrate verändern kann. Oder anders: die Vorgabe einer maximalen Netto-Neuverschuldungsgrenze und einer 'optimalen' Verschuldungsquote in den Protokollen zum Maastrichter Vertrag wäre nur dann sinnvoll, wenn ausgeschlossen werden könnte, das der Kurs der Finanzpolitik selbst einen Einfluß auf die Wachstumsrate g hat. Dies ist natürlich die Position der gegenwärtig dominanten walrasianischen Theorie, entspricht aber weder den empirischen Fakten der bundesdeutschen Entwicklung¹⁵ noch den Prognosen der postkeynesianischen Theorie.

Abbildung 5: Optimale Verschuldung



Anmerkung: Die Nachhaltigkeitslinien sind in Abhängigkeit verschiedener Wachstumsraten g_i dargestellt mit $g_0 < g_1 < g_2$. Entlang der Nachhaltigkeitslinie steigt die stabile Schuldenquote an, d.h. in Punkt A wird bei höherer Netto-Neuverschuldung und höherem Primärüberschuß eine höhere Schuldenquote stabilisiert als in Punkt B.

¹⁴ Je kürzer der Amtszeitraum einer Regierung und je geringer die Wiederwahlchancen, desto höher dürfte die Präferenz für heutige gegenüber künftigen Handlungsmöglichkeiten sein – vielleicht auch ein Grund, weshalb ein Land wie Italien eine deutlich höhere Staatsschuldenquote aufweist als etwa die Bundesrepublik.

¹⁵ In einer jüngsten Veröffentlichung weist Lombard (2000: 329) den langfristigen Einfluß der (restriktiven) Finanzpolitik in der Europäischen Union nach.

Allerdings geben weder die postkeynesianische Theorie noch die hier dargelegten Ausführungen einen Freibrief für eine expansive Finanzpolitik jedweder Art – öffentliche, kreditfinanzierte Ausgaben sind nur dann sinnvoll und zulässig zur Erfüllung der Stabilisierungsfunktion, wenn sie die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik nicht gefährden. Dies bedeutet, dass sie einen Einkommensgenerationsprozess auslösen müssen, der die Stabilisierung der als 'optimal' bestimmten Schuldenquote ermöglicht. Der Einkommensmultiplikator einer nachhaltigen Finanzpolitik ergibt sich aus dem reziproken Wert der 'optimalen' Schuldenquote (vgl. Heise 1996b). Bei einer laut Maastrichter Vertrag als 'optimal' empfundenen Schuldenquote von 0,6 (also 60 %) in der E(W)U ergibt sich also ein benötigter Einkommensmultiplikator von 1,67. Damit ergibt sich ein weiteres Kriterium, nach dem staatliche Ausgaben als 'investiv' qualifiziert werden können: Jene Ausgaben, deren Einkommensmultiplikator groß genug ist, um eine 'optimale' Schuldenquote zu stabilisieren – in diesem Sinne also gesellschaftlich 'rentabel' sind – werden als investiv bezeichnet und müssen folglich nicht aus dem Steueraufkommen finanziert werden. In ökonometrischen Modellen werden Multiplikatoren bei investiver Verwendung von etwa 2,0 berechnet (vgl. Heise 1996b: 709), Scherf (1985: 360f.) beispielsweise berechnet für den herrschenden Ausgabenmix in der Bundesrepublik Anfang der 80er Jahre einen Multiplikator von 1,75.¹⁶ Wenn Vollbeschäftigung als wirtschaftspolitisches Ziel normativ festgelegt wurde – und zumindest auf der rhetorischen Ebene halten alle Parteien in Deutschland an diesem Ziel fest –, muß allerdings eine 'expansive' – d.h. investmentsorientierte – öffentliche Haushaltspolitik solange betrieben werden, wie die zusätzlichen Ausgaben einen hinreichend hohen Multiplikator erwarten lassen und weiterhin unausgelastete Ressourcen – also Arbeitslosigkeit – bestehen. Jeder Verzicht auf eine entsprechende finanzpolitische Expansion muß als volkswirtschaftlich suboptimal verstanden werden.¹⁷

5. Sicherung der Nachhaltigkeit durch Kooperation – Design einer 'integrativen Wirtschaftspolitik'

Bisher klingt die Politik nachhaltiger öffentlicher Haushalte reichlich 'hydraulisch' – dies muß nun in Frage gestellt werden. Wie immer in der simplen Modellwelt, so habe auch ich an mancher Stelle implizite Annahmen getroffen, die nicht recht realitätsnah sind: Einerseits habe ich mögliche Auswirkungen einer 'expansiven' Finanzpolitik auf das Preisniveau noch nicht berücksichtigt, andererseits einen konstanten Zinssatz – also keine geldpolitischen Reaktionen und Präferenzveränderungen der Finanzmarktakteure – unterstellt. Es dürfte einer der Kardinalfehler des hydraulischen Keynesianismus gewesen sein, einerseits die Diskriminierungsgrenzen zwischen Preis- und Mengeneffekten der Finanzpolitik zu wenig beachtet, andererseits die Konfliktpotentiale unkoordinierter wirtschaftspolitischer Akteure unterschätzt zu haben. Beides zusammen ergibt den institutionellen Defekt hochentwickelter kapitalistischer Volkswirtschaften: Bei unbestreitbaren Interdependenzen der verschiedenen Politikbereiche (vgl. Nordhaus 1994; Heise 2000b) – Finanz-, Geld- und Lohnpolitik sind gemeint – kommt es ohne institutionelle Vorkehrungen zur gegenseitigen wachstums- und beschäftigungshemmenden Blockade des sogenannten 'Gefangenendilemmas'. Insbesondere die Geldpolitik ist restriktiver als es für den Erhalt der Preisstabilität allein notwendig wäre, die Finanzpolitik muß sich – zumindest bei vollständiger Notenbankautonomie – in eine 'hierarchische Koordination' begeben, die bei hoher 'passiver' Neuverschuldung (vgl. Heise

¹⁶ Die damals zu stabilisierende Staatsschuldenquote von unter 40% hätte einen Multiplikator von 2,5 erfordert, weshalb dieses Unterfangen beim herrschenden Ausgabenmix nicht gelingen konnte.

¹⁷ Erstaunlicherweise werden in der neueren Literatur unter Staatsverschuldung nur die Verschuldungsgrenzen thematisiert, nicht aber die Verschuldungsspielräume, die es zu nutzen gilt. Eine rühmliche Ausnahme ist Tiepelmann/Dick (1995: 151). Dies war einmal anders, als unter der Bezeichnung 'kompensatorische Finanzpolitik' ein dem hier vorgestellten Ansatz ähnliches Konzept entwickelt wurde (vgl. z.B. Böttger/Gretschmann/Huppertz 1981), das allerdings den Nachhaltigkeitsaspekt weitgehend vernachlässigte.

1996b; Nowotny 1999: 605ff.) immer weniger Handlungsspielraum läßt. Nur eine institutionalisierte Verhaltensabstimmung – ein Makro-Dialog, der mit dem Konstrukt der Konzertierten Aktion des alt-keynesianischen Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes schon von der Spielcharakteristik wenig gemein hat – kann unter etlichen Nebenbedingungen¹⁸ das Zuschnappen der 'Kooperationsfalle' verhindern und den "ursprünglich eindimensionale(n) Staatsinterventionismus zu einem umfassenden multivariablen Krisenmanagement entwickeln." (Spahn 1981: 277) Hier besteht institutioneller Reformbedarf, der eine integrative bzw. kooperative Wirtschaftspolitik als Ergänzung zur 'Bündnis-für-Arbeit-Modernisierung' entwirft.¹⁹ Zugegebenermaßen sind trotz rot-grüner Bundesregierung die polit-ökonomischen Rahmenbedingungen gegenwärtig eher ungünstig für eine solche 'integrative Wirtschaftspolitik', da es keinen durchschlagskräftigen 'policy maker' bzw. 'advocacy coalition' (vgl. Schmid 2000: 5f.) und schon gar keinen 'führenden Kopf' gibt, der in einer medial geprägten Welt ein Gegengewicht zum herrschenden 'pensee unique' abgeben könnte.

6. Zusammenfassung

Es wäre zu wünschen, daß die Finanzpolitik wenigstens wieder stärker Gegenstand einer offenen, kontroversen Diskussion in Wissenschaft und Politik würde – wenn es also gelänge, das Meinungskartell des 'pensee unique' zu brechen.²⁰ Dann könnte frei über die gesellschaftlich gewünschte, 'optimale' Staatsverschuldung bzw. deren Veränderung angesichts einer zunehmend auf Generationengerechtigkeit pochenden jüngeren Generation diskutieren werden – was im Übergang von einem Gleichgewicht zum anderen (vgl. Abb. 5) tatsächlich mit einem temporär ausgeglichenen oder gar überschüssigen Budget verbunden sein kann²¹ –, aber gleichzeitig auch über die (negativen) Wachstums- und Beschäftigungseffekte, die dies für den Übergang bedeuten kann. Unabhängig davon muß der Mythos vom 'Balanced Budget', der in den 1970er Jahren schon einmal auf dem Friedhof der Dogmengeschichte begraben schien²², als Versuch gewertet werden, als politisches Symbol (vgl. Savage 1988) einer 'good governance', einer Beschränkung der Staatstätigkeit, eines weitverbreiteten Interventionsskeptizismus bar einer soliden ökonomischen Fundierung mißbraucht zu werden. Eine nachhaltige Finanzpolitik jenseits dieser 'Symbolpolitik' muß ihre Gestaltungs- und Finanzierungsgrenzen akzeptieren, gleichzeitig aber auch die vorhandenen Spielräume trotz manchen politischen und ökonomischen Risikos nutzen. Das ökonomische Risiko kann durch einen Makro-Dialog, also eine institutionell abgesicherte Kooperation der sozio-ökonomischen Akteure gemindert, die Ziel-Mittel-Konformität auch der Finanzpolitik wesentlich gesteigert werden. Zweifellos aber benötigt ein Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik eine Veränderung des herrschenden, meritokratischen makro-klimatischen Umfeldes.

¹⁸ Nebenbedingungen und Institutionen sind ausführlicher beschrieben in Heise (1999b); Hein/Heise (1999); Heise (2000b).

¹⁹ Zu den Mustern der Reform- bzw. Modernisierungsdebatte vgl. u.a. Schmid/Niketta (1998); Heinze/Schmid/Strünck (1999); Heinze (1998); Arlt/Nehls (1999); Urban (2000).

²⁰ In Österreich wird gegenwärtig heftig um die Meinungsführerschaft gekämpft; vgl. z.B. BEIGEWUM (2000).

²¹ Wenn allgemeiner politischer Konsenz über die Rückführung der Schuldenquote besteht, läßt sich die anfänglich benannte Einmütigkeit der Konsolidierungsnotwendigkeit jenseits allem wissenschaftlichen und politischen Dissens erklären – allerdings nur für die Zeit des Übergangs z.B. von Punkt A nach Punkt B in Abbildung 5, nicht als immer gültige Haushaltsregel.

²² So konnten Böttger/Gretschmann/Huppertz (1981: 151) fröhlich formulieren: "Der Grundsatz eines jährlichen Budgetausgleichs, d.h. das klassisch-orthodoxe Postulat einer weitgehend schuldenfreien Staatswirtschaft, wurde bis in die jüngste Vergangenheit kaum noch erhoben. Zu eindeutig haben die Funktionsanforderungen einer entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaft inzwischen die Unhaltbarkeit einer Norm aufgezeigt, nach der die öffentliche Finanzwirtschaft entsprechend den Regeln eines privaten Haushalts geführt werden müßte."

Literatur

Arlt, H.-J., Nehls, S. (Hrsg.); Bündnis für Arbeit. Konstruktion, Kritik, Karriere, Opladen 1999

BEIGEWUM (Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen); Mythos Nulldefizit. Alternativen zum Sparkurs, Wien 2000

Betz, K.; Ein monetärkeynesianisches gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht, Marburg 1993

Blanchard, O. et al.; The sustainability of fiscal policy: new answers to an old question; in: OECD Economic Studies No. 15, Paris 1990

Böttger, G., Gretschmann, K., Huppertz, P.-H.; Kompensatorische Finanzpolitik als Vollbeschäftigtestrategie; in: Wirtschaftsdienst, Nr. 3, 1981, S. 151 – 156

Buchanan, J.M., Wagner, R.; Democracy in Deficit: The Political Legacy of Lord Keynes, New York 1977

Buiter, W.; The Theory of Optimum Deficits and Debts; in: The Federal Reserve Bank of Boston (Hrsg.); The Economics of Large Government Deficits. Conference Series No. 27, Boston 1983, S. 46 – 69

Clower, R.; The Keynesian Counter-Revolution: A Theoretical Appraisal; in: Hahn, F.H., Brechling, F.P.R. (Hrsg.); The Theory of Interest Rates, London 1965
Davidson, P.; Money and the Real World, London 1978

-----; Postkeynesian Macroeconomic Theory, Aldershot 1994

Domar, E.D.; The 'burden of debt' and National Income; in: American Economic Review, Vol. 34, 1944, S. 798 – 827

-----; On Debts and Deficits; in: American Journal of Economics and Sociology, Vol. 2, 1993, S. 475 – 478

Duwendag, D.; Monetäre Grenzen der Staatsverschuldung; in: Ders., Siebert, H. (Hrsg.); Politik und Macht, Stuttgart/New York 1980, S. 56 – 81

Gale, D.; Money: in disequilibrium, Cambridge 1981

Gerrard, B.; Competing Schools of Thought in Macroeconomics – An Ever-Emerging Consensus?; in: Journal of Economic Studies, Vol. 23, 1993, S. 53 – 69

Hagemann, H., Kurz, H.-D., Schäfer, W. (Hrsg.); Die neue Makroökonomik, Frankfurt 1981

Hein, E., Heise, A.; Beschäftigungspolitische Möglichkeiten und Beschränkungen des Bündnisses für Arbeit: der fehlende Makro-Dialog; in: WSI-Mitteilungen, H. 12, 1999, S. 825 – 838

Heinze, R.G.; Die blockierte Gesellschaft, Wiesbaden/Opladen 1998

-----, Schmid, J., Strünck, Chr.: Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat, Opladen 1999

Heise, A.; Tauschirtschaft und Geldökonomie, Frankfurt u.a. 1991

-----; Arbeit für Alle – Vision oder Illusion?, Marburg 1996a

-----; Aktive versus passive Staatsverschuldung – etwas einfache Arithmetik; in: WSI-Mitteilungen, H. 11, 1996, S. 706 – 709

-----; Steuerungspotentiale der klassischen Wirtschaftspolitik – Anmerkungen zu zwanzig Jahren Krisengeläut; in: ders. (Hrsg.); Makropolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, Marburg 1999a, S. 21 – 58

-----; Globalisierung, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit – ein polit-ökonomischer Erklärungsversuch; in: v. Bülow, W. et al. (Hrsg.); Globalisierung und Wirtschaftspolitik, Marburg 1999b, S. 205 – 232

-----; 'New Politics' – Einige makroökonomische Überlegungen zum Bündnis für Arbeit; in: WSI-Mitteilungen, H. 7, 2000a, S. 444 – 453

-----; Theoretische Grundlagen einer Verhaltensabstimmung der makroökonomischen Politikträger, Schriftenreihe des Promotionsschwerpunkts Makroökonomische Diagnosen und Therapien der Arbeitslosigkeit, Stuttgart 2000b

Keynes, J.M.; The long-term problem of full employment (1943); in: Moggridge, D. (Hrsg.); The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. 27, London 1980, S. 320ff.

Leijonhufvud, A.; On Keynesian Economics and the Economics of Keynes, Oxford 1968

Lindlar, L.; Das mißverstandene Wirtschaftswunder, Tübingen 1997

Lombard, M.; Restrictive Macroeconomic Policies and Unemployment in the European Union; in: Review of Political Economy, Vol. 12, No.3, 2000, S. 317 – 332

Lübke, G.; Die Staatsverschuldung im Kontext alternativer Wirtschaftspolitik, Frankfurt u.a. 1988

Malinvaud, E.; The Theory of Unemployment Reconsidered, Oxford 1984

Mannheim, K.; Ideology and Utopia. An Introduction to the Sociology of Knowledge, London 1936

Matzner, E.; Monopolare Weltordnung. Zur Sozioökonomie der US-Dominanz, Marburg 2000

Nordhaus, W.D.; Policy Games: Coordination and Independence in Monetary and Fical Policies; in: Brookings Papers on Economic Activity, No.2, 1994, S. 139 – 216

Nowotny, E.; Der öffentliche Sektor, Berlin u.a. 1999 (4. Aufl.)

Palley, Th.; Post Keynesian Economics, Basingstoke/London 1996

Pasinetti, L.L.; The myth (or folly) of the 3% deficit/GDP Maastricht 'parameter'; in: Cambridge Journal of Economics, Vol. 22, 1998, S. 103 – 116

Priewe, J.; Zur Kritik konkurrierender Arbeitsmarkt- und Beschäftigungstheorien und ihrer politischen Implikationen, Frankfurt 1984

Riese, H.; Zur Reformulierung der Theorie der Makropolitik; in: Heise, A. (Hrsg.); Renaissance der Makroökonomik, Marburg 1998, S. 25 – 40

Savage, J.D.; Balanced Budgets and American Politics, Ithaca/London 1988

Scherf, W.; Budgetmultiplikatoren; in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik; Bd. 200, Nr. 4, 1985, S. 360ff.

Schlesinger, H., Weber, M., Ziebarth, G.; Staatsverschuldung – ohne Ende? Zur Rationalität und Problematik des öffentlichen Kredits, Darmstadt 1993

Schmid, J.; Wie kann man von anderen Ländern lernen? Neuere Ansätze in der vergleichenden Arbeitsmarktpolitikforschung; in: IAW Mitteilungen, H. 3, 2000, S. 4 - 12

Schmid, J., Niketta, R. (Hrsg.); Wohlfahrtsstaat: Krise und Reform im Vergleich, Marburg 1998

Schumpeter, J.A.; Die Krise des Steuerstaates, Graz und Leipzig 1918

Spahn, H.-P.; Keynes in der heutigen Wirtschaftspolitik; in: Bombach, G. et al. (Hrsg.); Der Keynesianismus, Bd. I: Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik, Berlin u.a. 1981, S. 211 – 292

Tiepelmann, K., Dick, G.; Grundkurs Finanzwissenschaft, Hamburg 1995

Urban, H.-J. (Hrsg.); Beschäftigungsbündnis oder Standortpakt?, Hamburg 2000